

Synopse

Im Begutachtungsverfahren wurden folgende Stellen eingeladen, zum Entwurf einer Änderung des NÖ Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetzes Stellung zu nehmen:

Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst
Abteilung Gemeinden
Abteilung Finanzen
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht
Abteilung Umweltrecht
Abteilung Naturschutz
Abteilung Verkehrsrecht
Abteilung Sport
Abteilung Energiewesen und Strahlenschutzrecht
Abteilung Polizeiangelegenheiten
Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen
Abteilung Veranstaltungsangelegenheiten
Abteilung Agrarrecht
Abteilung Allgemeiner Straßendienst
Abteilung Sanitäts- und Krankenanstaltenrecht
Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute
Wirtschaftskammer Niederösterreich
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich
Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer
Volksanwaltschaft
Verband der NÖ Gemeindevertreter der ÖVP
Verband Sozialdemokratischer Gemeindevertreter für NÖ
Österreichischer Städtebund, Landesgruppe Niederösterreich
NÖ Landesjagdverband
NÖ Landesfischereiverband

Innerhalb der festgelegten Begutachtungsfrist sind Stellungnahmen der Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst, der Abteilung Polizeiangelegenheiten, der Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute, der Wirtschaftskammer Niederösterreich, des Verbandes der NÖ Gemeindevertreter der ÖVP, des Verbandes Sozialdemokratischer Gemeindevertreter für Niederösterreich, des Österreichischen Städtebundes sowie des NÖ Landesfischereiverbandes eingelangt. In diesen Stellungnahmen wurde die Novelle entweder zustimmend zur Kenntnis genommen oder es wurde kein Einwand erhoben.

Das Bundesministerium für Finanzen hat zusammenfassend für den Bund mitgeteilt, dass kein Anlass zur Erhebung von Einwänden besteht.